

Diese Rolle spielen Pfälzer bei der Energiewende

In der Pfalz gibt es zehn Bürger-Energiegenossenschaften. An vielen von ihnen kann man sich schon mit wenig Geld beteiligen. Diese Genossenschaften gelten als Motor der Energie- und Wärmewende. Doch der Motor stottert. Woran liegt das?

VON NADINE KLOSE

„Wenn wir unser Energiesystem umstellen wollen, müssen wir in die Infrastruktur, in die Netze investieren.“ Mit diesem Satz verdeutlichen Vertreter von Bürger-Energiegenossenschaften aus der Pfalz, worauf es ihrer Meinung nach bei der Energiewende ankommt. Ihre Form der Bürgerbeteiligung auf kommunaler oder regionaler Ebene gibt es nicht erst, seit die Energiewende in der vergangenen Legislaturperiode unter der Ampel-Regierung sowie durch die Gasmangel-lage infolge des Ukraine-Kriegs Fahrt aufgenommen hat. Bereits seit dem Jahr 2012 schließen sich Menschen in der Pfalz zusammen – mit dem Ziel, eine bürgerschaftlich getragene, dezentrale Energieversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien zu unterstützen und sich daran zu beteiligen. Die erste Bürger-Energiegenossenschaft gab es in Neustadt: Die BE-GiN eG bietet, gemeinsam mit ihrer Dachgenossenschaft Bürgerwerke, sogar Strom und Gas aus erneuerbaren Energien an. Ein Jahr später wurde die BeLu Bürgerenergie Ludwigs-hafen gegründet, die sich auf den Bau von Photovoltaikanlagen auf Dächern von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen konzentriert. Dem geht auch die Nordpfalz Energie eG mit Sitz in Imsweiler nach.

Auch Dienstleister für Bürger in Sachen Energie

Das Landesnetzwerk BürgerEnergie-Genossenschaften Rheinland-Pfalz (kurz: LaNEG) existiert ebenfalls seit 2012 und hat mittlerweile 36 Mitglieder, darunter 32 Bürger-Energiegenossenschaften aus Rheinland-Pfalz. Sie planen, bauen, verwalten und finanzieren Photovoltaikanlagen auf kommunalen und von Privatpersonen oder Unternehmen zur Verfügung gestellten Dächern sowie auf Freiflächen. Die Bürger-Energiegenossenschaft Südpfalz eG plant etwa mit der Gemeinde Vorderweidenthal eine PV-Freiflächenanlage auf mehr als 20 Hektar. Die Genossenschaften, wie die Bürger-Energie-Genossenschaft Südwestpfalz/Saarpfalz, übernehmen aber auch für Bürger die Bestellung von Stecker-PV-Anlagen (Balkonkraftwerken), beteiligen sich an Windrädern und Lade-Infrastruktur und denken wie im Fall der „bürger!Nenergie (b!Ne) Speyer-Vorderpfalz“ sogar an eine Beteiligung an einem Tiefengeothermie-Projekt bei Waldsee (Rhein-Pfalz-Kreis), das der Wärmeversorgung dienen soll. Das Kapital für die Projekte wird durch die Mitglieder bereitgestellt, die beliebig viele Anteile an der Genossenschaft



Bürger-Energiegenossenschaften bieten Beteiligungsmöglichkeiten an Projekten mit erneuerbaren Energien, wie Windrädern oder Photovoltaikanlagen, an. SYMBOLFOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

kaufen können. Sie werden gemäß ihren Anteilen an den Gewinnen beteiligt.

Ziel: Keine Großinvestoren, sondern Bürger

Nach Angaben des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV) ist bei vielen Energiegenossenschaften schon eine Beteiligung ab 50 Euro möglich. Bei 80 Prozent der Energiegenossenschaften liege die Mindestbeteiligung unter 500 Euro. „Das bedeutet, dass Energiegenossenschaften keine Gruppe von Großinvestoren sind, sondern die breite Beteiligung der Bevölkerung vor Ort ermöglichen wollen“, teilte ein Sprecher des DGRV auf Anfrage mit. Ihm zufolge liegt die durchschnittliche Beteiligung an einer Energiegenossenschaft bei 3200 Euro. Für die Bürger, die investieren, stehe nicht die Dividende im Vordergrund, sondern die nachhaltige Entwicklung der Region. Die Beteiligungsmöglichkeit steigere die Akzeptanz, die es für eine erfolgreiche Energiewende brauche. Der Zspruch für die Energiewende

wird dem DGRV-Sprecher zufolge auch gestärkt, weil bei vielen genossenschaftlichen Energieprojekten die lokale Wirtschaft beteiligt wird. Handwerksbetriebe aus der Region errichten und warten die Anlagen, landwirtschaftliche Betriebe liefern die Abwärme für die Nahwärmenetze, Volks- und Raiffeisenbanken unterstützen bei der Finanzierung. „Energiegenossenschaften tragen auch zum Steueraufkommen vor Ort bei. Alles in allem leisten sie einen wichtigen Beitrag, die Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen und damit unabhängiger von externen Einflüssen zu werden“, sagt der Verbandsvertreter. Ihm zufolge haben die 1000 Energiegenossenschaften in Deutschland bislang rund 3,6 Milliarden Euro in Erneuerbare-Energien-Projekte investiert und damit etwa 3 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Mehr als 200.000 Menschen seien Mitglied in einer Energiegenossenschaft. Tendenz steigend. Allein im vergangenen Jahr seien bundesweit 53 Energiegenossenschaften gegründet worden. Die Bürger-Energiegenossenschaften in der Pfalz sehen

jedoch einige Hindernisse, die ihr Wirken negativ beeinflussen: Im Gespräch mit der RHEINPFALZ berichten mehrere Vorstandsmitglieder vom schleppenden Netzausbau und der fehlenden Digitalisierung der Stromversorgung. Der Einbau von intelligenten Strom-Messsystemen durch die Energieversorger sei lange noch nicht flächendeckend erfolgt, sagen sie. Die sogenannten Smart Meter, die den Verbrauch automatisch an den Netzbetreiber melden, bilden nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums die digitale Infrastruktur für ein künftig auf erneuerbare Energien basierendes Energiesystem. Mit dem intelligenten Messsystem könnten Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen ihren Stromverbrauch beziehungsweise die Einspeisung ihres Stroms, zum Beispiel aus Photovoltaikanlagen, besser und komfortabler managen sowie von neuen Tarifen profitieren. Diese Messtechnik ist auch für die Bürger-Energiegenossenschaften und deren Beteiligungsmodell notwendig. Vertreter der Genossenschaften berichten von ihrem Eindruck, dass die eta-

blierten Energieversorger an ihrem traditionellen Geschäftsmodell festhielten und es den Genossenschaften mit neuen Projekten teilweise schwer gemacht werde.

PV-Anlagen mit großer Leistung, die Genossenschaften planten, würden vom Energieversorger vor Ort nicht zugelassen. Die „b!Ne Speyer-Vorderpfalz“ nennt als Beispiel eine angedachte 250 Kilowatt-Peak-Anlage auf der Rhein-Pfalz-Halle im vorderpfälzischen Römerberg, die nicht verwirklicht werde, weil der Energieversorger die Leistung drosseln wollte. Solche Anlagen kleiner zu dimensionieren, sei für die Energiegenossenschaften nicht wirtschaftlich.

Bundesnetzagentur: Schneller Ausbau gelingt nicht überall

Die Bundesnetzagentur ist die Regulierungsbehörde und unterstützt nach eigenen Angaben mit ihren Entscheidungen die Umsetzung der Energiewende. Außerdem wacht sie darüber, dass „die hohe Qualität der Stromversorgung in Deutschland gesichert bleibt“, sagt eine Sprecherin

auf Anfrage. Mit den kritischen Stimmen aus den Bürger-Energiegenossenschaften konfrontiert, gibt sie zu, dass es sowohl im Übertragungsnetz als auch im Verteilernetz nicht immer gelinge, die Infrastruktur so schnell auszubauen, wie es für eine reibungslose Energiewende erforderlich wäre. Ihren Angaben zufolge sollen 90 Prozent der Haushalte bis zum Ende des Jahres 2032 mit intelligenten Messsystemen ausgestattet sein.

Die Bundesnetzagentur überwacht den Fortschritt und kann Messstellenbetreiber zum Ausbau verpflichten, wenn diese dem nicht nachkommen. Demnach verfügen zum aktuellsten Stichtag – Ende September 2025 – 52,4 Prozent der Messlokationen über digitale Stromzähler, die aber manuell abgelesen werden müssen, intelligente Messsysteme (Smart Meter) sind nur in 3,8 Prozent der Lokationen installiert.

Nichtsdestotrotz spricht die Bundesnetzagentur-Sprecherin davon, dass es sichtbare Belege für die Beschleunigung des Netzausbaus in den vergangenen Jahren gibt. Sie führt an, dass zurzeit große Stromautobahnen im Übertragungsnetz gebaut werden und meint damit Großprojekte wie SuedLink und SuedOstLink, mit denen Windstrom aus dem Norden in den Süden transportiert werden soll.

Außerdem haben die großen Netzbetreiber in Deutschland einen ersten Entwurf für einen Stromnetzentwicklungsplan bis zum Jahr 2037 mit Ausblick bis ins Jahr 2045 veröffentlicht. Demnach werden die Kosten für die Modernisierung der Strominfrastruktur bis 2045 auf rund 360 bis 390 Milliarden Euro geschätzt.

Außerdem unternehmen viele Verteilnetzbetreiber – also örtliche Energieversorger – „große Anstrengungen, um den Anschluss der vielen zusätzlichen Erneuerbare-Energien-Anlagen in ihren Netzen zu ermöglichen“.

Die von den Genossenschaften kritisierte Drosselung von Solaranlagen sei gesetzlich vorgeschrieben und diene der Stabilität des Stromnetzes, sagt die Bundesnetzagentur-Sprecherin. Die Regulierungsbehörde teilt auch nicht die Idee der Bürger-Energiegenossenschaften, wonach es nur noch 16 Energieversorger in Deutschland – pro Bundesland einen – geben sollte, um den Kraftakt Energiewende in einer konzentrierten Aktion effizienter voranzutreiben.

Die Öffnung des Strommarktes für den Wettbewerb habe sehr große Vorteile mit sich gebracht. Es gebe viele Hundert Stromversorger, die sich in vielen Details unterschieden und einen Lieferantenwechsel ermöglichen.

Von Rekord zu Rekord

Die Auftragsbücher des Rüstungskonzerns Rheinmetall sind prall gefüllt

DÜSSELDORF. Der Rüstungskonzern Rheinmetall wächst und wächst. Der Krieg in der Ukraine und die Verteidigungsanstrengungen der Nato-Staaten bescheren der Düsseldorfer Waffenschmiede prall gefüllte Auftragsbücher und volle Kassen.

Rheinmetall hat seinen Umsatz 2025 um 29 Prozent auf rund 9,9 Milliarden Euro gesteigert. Das liegt teilweise an Zukäufen. Das operative Ergebnis kletterte 2025 um 33 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro an. Die Auftragsbücher sind voll, der „Backlog“ liegt bei 63,8 Milliarden Euro – so viel war es noch nie. Mit Backlog sind verbindliche Aufträge und Rahmenverträge gemeint. Bis 2030 möchte Rheinmetall seinen Umsatz auf 50 Milliarden Euro verfünffachen, die Beschäftig-

tenanzahl soll von 33.000 auf 70.000 mehr als verdoppelt werden. Sein schwächelndes Geschäft als Autozulieferer möchte Rheinmetall schon bald abgeben, in den Konzernjahreszahlen für 2025 ist dieser Bereich gar nicht mehr enthalten.

Man sei kurz davor, sich für einen der Bieter zu entscheiden, sagt Papperger. Im zweiten Quartal 2026 soll der Verkauf verkündet werden. Der Kfz-Standort in Neuss wird umgebaut, damit dort Rüstungsgüter gebaut werden können. Rheinmetall wird also zu einer reinen Waffenschmiede; Kolben oder Pumpen für Pkw sind Schnee von gestern.

„Wir sind Vollsortimenter, und das ist wichtig“, betont Konzernchef Armin Papperger. Damit meint er: Egal, was eine Armee braucht, wir können

(fast) alles liefern. Die Firma fertigt Artillerie- und Flugabwehrgeschütze, Panzer, Munition, Infanterie-Ausstattung und Militär-Lastwagen. Kürzlich verleihte sich das Unternehmen den militärischen Zweig der Lürssen-Werft ein und darf sich seither auch Schiffbauer nennen. Rheinmetall kann die selbst gefertigten Schiffe mit eigenen Geschützen und anderen Rüstungsgütern bestücken, was das Geschäft zusätzlich befeuern dürfte.

Mehr Drohnenbau

Außerdem geht der Blick nach oben: Für den US-Tarnkappenbomber F35 stellt Rheinmetall in Weeze (NRW) das Rumpfmittelteil her. Die Drohnenproduktion soll auch ausgeweitet werden und die Firma möchte mit einem finnischen Partner in Neuss Satelliten herstellen, um damit Aufnahmen aus dem Weltall zu machen und sie an Nato-Armeen zu verkaufen – das soll auch der Bundeswehr bei der Beurteilung der russischen Bedrohung helfen.

Der Iran-Krieg lässt die Nachfrage nach Flugabwehr-Geschützen von Rheinmetall nach oben schnellen. „Die Telefone standen übers Wochenende nicht still, man will unsere Systeme“, sagt Konzernchef Papperger. Rheinmetall-Flugabwehrgeschütze hätten im laufenden Krieg im Mittleren Osten bereits mehr als 100 iranische Drohnen abgeschossen. Jeder Schuss koste 1000 Dollar (860 Euro), bis zu fünf Schuss seien zur Abwehr einer zwischen 20.000 und 50.000 Dollar teuren Drohne nötig. Im Vergleich zu den 2 Millionen Dollar teuren Raketen, die die USA und deren Verbündete derzeit im Iran-Krieg einsetzen, sei das nahezu ein Schnäppchen, sagte Papperger. |dpa



Artilleriegranaten vom Kaliber 155 Millimeter stehen in einer Fabrik von Rheinmetall. FOTO: WOLF VON DEWITZ/DPA

Millionen für die Staatskasse

Verstaatlichter Energiekonzern Uniper zahlt erstmals seit Jahren eine Dividende

DÜSSELDORF. Die Rettung des Energiekonzerns Uniper 2022 macht sich für den Bund erstmals auch in klingender Münze bezahlt. Nachdem das Unternehmen im vergangenen Jahr seine Gewinnziele erreicht hat, will es erstmals seit vier Jahren eine Dividende zahlen.

Man schlage der Hauptversammlung eine Ausschüttung von 300 Millionen Euro (72 Cent je Aktie) vor, teilte das Unternehmen in Düsseldorf mit. Fast alles wird der Bund erhalten, der derzeit noch mehr als 99 Prozent der Anteile hält, insgesamt gut 297 Millionen Euro.

Uniper war als größter deutscher Gasimporteuer 2022 in Schieflage geraten, als Russland nach dem Angriff auf die Ukraine kein Gas mehr lieferte. Deutschland rettete das Unternehmen mit Milliarden-Beihilfen und wurde quasi Alleineigentümer. Im Rahmen des Stabilisierungspakets wurde ein Dividendenverbot vereinbart. Dies hob der Bund Ende 2025 auf. Die EU hatte die Beihilfen damals unter vielen Auflagen erlaubt. Eine davon ist, dass Deutschland seine Beteiligung bis Ende 2028 auf höchstens 25 Prozent plus eine Aktie wieder reduzieren muss.

Zeichen finanzieller Stabilität

Eine Veräußerung über den Kapitalmarkt sei die zentrale Handlungsoption des Bundes zur Reprivatisierung von Uniper, hatte die Bundesregierung zuletzt Anfang Dezember erklärt. „Darüber hinaus werden vom Bund auch außerbörsliche Veräußerungsoptionen in Abhängigkeit von ihrer Validität geprüft“, hieß es in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen.



Uniper-Vorstandsvorsitzender Michael Lewis: Sein Unternehmen war 2022 in Schieflage geraten, als Russland nach dem Angriff auf die Ukraine kein Gas mehr lieferte. FOTO: FEDERICO GAMBARINI/DPA

„Die Möglichkeit, wieder Dividenden zahlen zu können, ist ein Zeichen der finanziellen Stabilität und ein wesentlicher Baustein für die Kapitalmarktfähigkeit von Uniper“, erklärte Firmenchef Michael Lewis laut der Mitteilung. Über die zukünftige Ausschüttungspolitik sei noch nicht entschieden worden, sagte Finanzvorstand Christian Barr. „Wir erarbeiten derzeit einen ganzheitlichen Rahmen für eine längerfristige Dividendenpolitik.“ Man sei sich bewusst, dass eine attraktive Dividende ein wichtiges Kriterium für Aktionäre sei.

Uniper erreichte 2025 seine selbst gesteckten Finanzziele. Der bereinigte Gewinn vor Zinsen, Steuern und

Abschreibungen (Ebitda) lag bei 1,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 2,6 Milliarden Euro), der bereinigte Nettogewinn (Adjusted Net Income) bei 544 Millionen Euro (Vorjahr: 1,7 Milliarden). „Beide Ergebniskennzahlen lagen erwartungsgemäß deutlich unter den außergewöhnlich guten Ergebnissen des Vorjahres“, hieß es.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet der Konzern ein Ergebnis auf Vorjahresniveau. Das bereinigte Ebitda soll in einer Spanne von 1,0 bis 1,3 Milliarden Euro liegen. Der bereinigte Nettogewinn soll 350 bis 600 Millionen erreichen.

Neue Gaskraftwerke

Uniper bekräftigte seine Absicht, bis 2030 rund fünf Milliarden Euro zu investieren, davon mehr als 2,5 Milliarden in Deutschland. Hierzulande will der Energiekonzern das Geld vor allem in den Neubau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken mit einer Kapazität von insgesamt zwei Gigawatt an den Standorten Staudinger (Hessen) und Scholven (Nordrhein-Westfalen) im Rahmen der Kraftwerkstrategie stecken. Bei den geplanten Ausschreibungen dazu rechnet sich Uniper gute Chancen aus.

Uniper zählt bei Stromerzeugung und Gashandel zu den größten Energieunternehmen Europas. Der Konzern betreibt unter anderem Steinkohle- und Gaskraftwerke in Deutschland, Großbritannien und Schweden. Strom erzeugt Uniper auch aus Wasserkraft. In Schweden ist Uniper Mehrheitseigentümerin eines Atomkraftwerks. In Deutschland ist das Unternehmen auch größter Betreiber von Gasspeichern. Ende 2025 beschäftigte die Firma gut 7200 Menschen. |dpa